

Analyse

Die Lage der Massenmedien in Russland

Von Robert Orttung, Washington

Zusammenfassung

Seit dem Amtsantritt von Präsident Wladimir Putin wird die Pressefreiheit systematisch eingeschränkt. Nachdem die Regierung 2003 die Kontrolle über die größten landesweiten Fernsehsender übernahm, hat sie jetzt auch die wichtigsten nicht-staatlichen Zeitungen übernommen. Letztendlich werden Putins erklärte Bemühungen, den russischen Staat zu stärken und die Wirtschaft anzukurbeln dadurch, dass kritische Stimmen zum Schweigen gebracht werden, untergraben.

Der Mord an Anna Politkowskaja als Teil eines größeren Ganzen

Der Mord an der Enthüllungsjournalisten Anna Politkowskaja in Moskau am 7. Oktober rückte das Problem der Pressefreiheit in Russland in das Blickfeld der Weltöffentlichkeit. Anna Politkowskaja war eine der wenigen, die tapfer genug waren, nach Tschetschenien zu fahren und über die Entführungen, Folter und Morde zu berichten, die unter der Herrschaft des von Moskau gestützten Premierminister Ramsan Kadyrow verübt werden. Die Tatsache, dass Anna Politkowskaja durch einen Mörder zum Schweigen gebracht wurde, hinterlässt ein Vakuum in den russischen Medien.

Der Mord an Anna Politkowskaja kam nicht aus heiterem Himmel. Während allgemein davon ausgegangen wird, dass der Mord mit ihrer Arbeit zu tun hatte, weiß noch niemand, wer ihren Tod anordnete. Nichtsdestotrotz passt der Angriff zur systematischen und langfristigen Politik des Kremls, die Freiheit der Medien in Russland zu ersticken. Eine Politik, die seit dem Amtsantritt von Präsident Wladimir Putin zum Jahresanfang 2000 konsequent umgesetzt worden ist. Die Ergebnisse sind offensichtlich: Reporter ohne Grenzen stuften in ihrer Rangliste der Pressefreiheit 2006 Russland auf Platz 147 der 168 von ihnen erfassenen Länder ein. (Siehe die Tabelle auf Seite 6)

Während man darüber streiten kann, ob es unter Präsident Boris Jelzin in den 1990er Jahren in Russland wirkliche Pressefreiheit gab, existierten doch in den Medien immerhin vielfältige Meinungen. Damals gab es viele Stimmen, die die Politik des Kremls kritisierten. Heute hat die Regierung die meisten alternativen Sichtweisen aus den großen Massenmedien vertrieben. Auch wenn etwas Freiheit in den regionalen Medien und im Internet verblieben ist, sind auch hier die Freiräume bedroht.

Der Angriff auf die Medien ist Teil einer umfassenden Kampagne gegen die Geschäftswelt, Wählerrechte, NGOs und andere Grundrechte, die Russland nach dem Zusammenbruch des Kommunismus gerade erst anfing auszuprobieren. Die Unterdrückung der Medien wird letztendlich die Leistungsfähigkeit des

Staates untergraben, indem sie ihn gerade derjenigen Informationen beraubt, die er benötigt, um effektiv zu regieren.

Tabuthemen

Russische Journalisten, die im jetzigen System überleben können, wissen, wie die Grenzen abgesteckt sind. Nach Ansicht von Alexei Wenediktow, dem Chefredakteur von Echo Moskwy, einem Radiosender, dessen Reporter ein breites Spektrum von Meinungen vertreten, sind die wesentlichen Tabuthemen Korruption in der Elite und Tschetschenien, insbesondere die Grausamkeiten, die von russischen Truppen und moskautreuen Tschetschenen verübt werden. Wie Anna Politkowskaja war vielleicht auch der Korrespondent Paul Klebnikov der Korruption in Tschetschenien auf der Spur, bevor er im Juli 2004 ermordet wurde. Am 16. Oktober 2006 verboten die Behörden die Russisch-Tschetschenische Freundschaftsgesellschaft, eine in Nizhni Nowgorod ansässige NGO, die eine Internetzeitung publizierte, die als eine der wenigen zuverlässigen russischen Quellen für Informationen aus Tschetschenien galt.

Wie Masha Lipman festgestellt hat, hat der Kreml gemerkt, dass er die Nachwirkungen von Ereignissen, die jenseits seiner Kontrolle sind minimieren kann, indem er die Berichterstattung durch die Medien streng unter Kontrolle hält, „z.B. wird die Geiseltragödie von Beslan in der Öffentlichkeit wenig analysiert, daher gibt es für die Führung des Landes auch kaum Konsequenzen. Der Rundfunk hat das Thema im Grunde genommen ignoriert, während nur relativ unbedeutende Publikationen mit geringer Leserschaft versucht haben, die Ereignisse, die zum Tod so vieler Geiseln führten, zu untersuchen. Im Gegensatz zu diesen problematischen Fragen stehen Themen, die von den Behörden im Allgemeinen akzeptiert werden z.B. die Außenpolitik, Sport, Unterhaltung und Business.“

Das Fernsehen

Die Fernsehsender sind in der russischen Gesellschaft mit Abstand die wichtigsten Informati-

onsquellen: In einer Umfrage, die im Oktober vom Kreml-nahen Meinungsforschungsinstitut WZIOM durchgeführt wurde, erklärten 85% der russischen Bevölkerung, dass sie das nationale Fernsehen als hauptsächliche Informationsquelle benutzen, womit diese Zahl im Laufe eines Jahres um 9% angestiegen ist (siehe die Zahlen auf den Seite 8 und 9).

In Anbetracht der überaus wichtigen Rolle, die das Fernsehen in der russischen Gesellschaft spielt, überrascht es nicht, dass es eines der ersten Ziele von Putins Kampagnen war, die Autorität des Staates wiederherzustellen. Am Anfang seiner Präsidentschaft nahm Putin Boris Beresowskij die Kontrolle über ORT ab, Russlands wichtigstem Fernsehsender, der jetzt Kanal Eins heißt. Danach zwang er den Oligarchen Wladimir Gusinskij, Russland zu verlassen, und dessen Fernsehsender NTV, damals einer der regierungskritischsten, ging im Jahre 2001 an den staatlich kontrollierten Konzern Gazprom. Damals behauptete die Regierung, dass der Transfer eine rein geschäftliche Transaktion sei, da der Fernsehsender gegenüber dem Erdgasmonopolisten große Schulden hatte. Die politischen Implikationen waren jedoch klar. Die Journalisten, die für die Berichterstattung von NTV verantwortlich waren, wurden gezwungen, ihre Arbeitsplätze aufzugeben und versuchten, neue Sender unter den Namen TV-6 und TV5 aufzubauen, mussten aber letztendlich 2003 den Sendebetrieb einstellen.

Unter Oleg Dobrodejew hat RTR, der zweitgrößte russische Fernsehsender, ein Netzwerk von 80 regionalen Radio- und Fernsehsendern errichtet, die eine einheitliche Botschaft aus Moskau ausstrahlen. 2003 hatte der Kreml somit die Kontrolle über das russische Fernsehen erlangt.

Der russische Staat besitzt oder kontrolliert jetzt die fünf wichtigsten Fernsehsender: Kanal Eins, RTR, TV-Zenter, NTV und Ren-TV. Einen Überblick über die Reichweite der Fernsehsender geben die Zahlen auf Seite 12. Von diesen fünf widmen die erstgenannten vier ungefähr 90% ihrer politischen Berichterstattung den Aktivitäten von Regierung und Behörden und das fast immer in positiven oder neutralen Wendungen, wie ein Monitoring des Zentrums für Journalismus in Extremsituationen im März 2006 zeigte. Diese Sender wandten 4% oder weniger ihrer politischen Berichterstattung für die Opposition auf, und diese Berichte waren im Allgemeinen negativ. Nur Ren-TV fiel ein wenig aus dem Rahmen, da es 19% seiner politischen Berichterstattung der Opposition widmete und die Berichterstattung ausgeglichener war. In der Studie kam das Zentrum zu dem Schluss, dass „unsere Daten zeigen, dass die meisten Medien, die wir regelmäßig analysieren, den russischen Bürgern nicht

mehrere Sichtweisen über konkrete Themen anbieten. Die Medien dienen nicht als Forum für den Austausch von Meinungen, öffentliche Debatten, Konflikt, Untersuchungen und Kommentare, und können die Öffentlichkeit so nicht mit einer informierten, analytischen und wohl überlegten Diskussion politischer Themen und der Regierungs- und Behördenarbeit versorgen“. Kurzum, die russischen Medien erfüllen nicht diejenigen Funktionen, die in einer Demokratie von ihnen verlangt werden.

Igor Jakowenko, der Sekretär der Russischen Journalistenunion, erklärt so, dass die nationalen Sender das Land nicht mit Nachrichten, sondern mit Propaganda versorgen. Die Fernsehnachrichten geben nicht die Realität wieder, sondern schaffen ein Paralleluniversum. In Fällen, in denen die Linie des Kreml nicht klar ersichtlich ist, schweigen die Sender oft, so hatten Fernsehkommentatoren an dem Tag im Juni, als Generalstaatsanwalt Wladimir Ustinow zurücktrat, wenig über seinen plötzlichen Rücktritt und über die Bedeutung dieses Rücktrittes für die russische Politik zu sagen. In Anbetracht der Bedeutung der Person und des Amtes, schien es eines der wichtigsten Ereignisse des Jahres zu sein, das auch in ausländischen Medien kommentiert wurde, so dass das Ausbleiben von Kommentaren in Russland seltsam anmutete. Ohne direkte Führung waren die bekannten TV-Sprecher um Worte verlegen.

Genau genommen gibt es bei den nationalen Fernsehsendern nichts Spontanes mehr. Seit 2004 werden alle Talkshows vor der Ausstrahlung aufgezeichnet, und unerwünschte Kommentare werden vorher gelöscht.

Es wird erwartet, dass weitere Fernsehsender den landesweiten Sendeplatz vor dem Wahlzyklus der Jahre 2007–2008 aufnehmen. Alle werden jedoch einen offiziellen Standpunkt vertreten. Wenn es zu einem dramatischen Bruch innerhalb der Elite kommen sollte, hat jede Seite ihren eigenen Sender. Der Petersburger Sender TV5, von dem es heißt, er stünde dem Stellvertretenden Premierminister und potenziellem Putin-Nachfolger Dmitri Medwedew nahe, besitzt bereits eine Lizenz für den landesweiten Sendeplatz. Der Armeesender Swesda, der von Verteidigungsminister Sergei Iwanow, einem weiteren möglichen Nachfolger Putins, kontrolliert wird, wird voraussichtlich noch in diesem Jahr eine solche Lizenz erhalten.

Angriff gegen die Presse

Nachdem die Regierung die Kontrolle über die nationalen Fernsehsender erlangt hatte, galt die nächste Phase den wichtigsten Printmedien. Nachdem in diesem Jahr Kommersant verkauft worden

ist, haben jetzt Kreml-nahe Firmen die wichtigsten Zeitungen übernommen, die einen Standpunkt vertraten, der nicht regierungsnah war. *Kommersant*, mit einer relativ kleinen Auflage von 115.000 Exemplaren und einer benutzerfreundlichen Website, war wegen unabhängiger und Kreml-kritischer Berichterstattung hoch angesehen. Ende August wurde die Zeitung von Alischer Usmanow übernommen, dem Besitzer einer Vielzahl von Stahlfirmen und Präsidenten der Gazprom-investholding, einer 100-prozentigen Tochterfirma von Gazprom. Usmanow ist auf Platz 25 der Forbes-Liste der reichsten Russen, mit einem Vermögen, das auf 3,1 Mrd. US-Dollar geschätzt wird. Es wird angenommen, dass er Medwedew, dem Bewerber um die Präsidentschaft, der auch Vorsitzender des Aufsichtsrates von Gazprom ist, nahe steht.

Beresowskij, der jetzt in London lebt, besaß die Zeitung von 1999 bis zum Februar 2006, als er die Zeitung an seinen in Georgien wohnhaften Geschäftspartner Badri Patarkazischwili verkaufte. Sowohl Beresowskij als Patarkazischwili werden in Russland mit Haftbefehl gesucht. Kurz nachdem Usmanow die Zeitung kaufte, kündigte Chefredakteur Wladislav Borodulin, und weitere Journalisten verließen die Zeitung. Der neue Chefredakteur ist Andrej Wasiljew, der schon von 1999 bis zum Sommer 2005, als er die ukrainische Ausgabe von *Kommersant* lancierte, den Stuhl des Chefredakteurs innehatte.

Der Kauf von *Kommersant* verlief nach einem in Russland wohl erprobtem Modell: Gazprom oder regierungsfreundliche Geschäftsleute kaufen eine Zeitung, die bald darauf aktuelle und regierungskritische Berichterstattung einstellt. Als Gazprom im Jahre 2005 *Iswestija* übernahm, begann die einst angesehene Zeitung einen langsamem Abstieg und wird heute eher als Boulevardzeitung denn als unabhängiges Nachrichtenmedium angesehen. Andere Zeitungen, die in den letzten Jahren übernommen wurden, sind z.B. *Nesawisimaja gasha*, *Nowye iswestija* und *Moskowskie nowosti*. 2001 übernahm Gazprom *Segodnja*, einst das Flaggschiff von Gusinskis Media Most Imperium, und stellte sie ein. Der Gasriese entließ weiterhin die Angestellten des Nachrichtenmagazins *Itogi*. *Obschtschaja gasha* verschwand im Jahr 2002. Zurzeit bereitet sich angeblich der Prof-Media Konzern von Wladimir Potanin darauf vor, die *Komsomolskaja Prawda* zu verkaufen, die beliebteste Zeitung im Lande mit einer Leserschaft von 8,4 Millionen, wahrscheinlich an Gazprom.

Auf dem russischen Markt gibt es damit nur noch wenige Zeitungen, die nicht vom Staat kontrolliert werden. Dazu gehören die Tageszeitung *Wedomosti*, die in ausländischem Besitz ist. Zu den Eigentümern gehören die finnische Firma Independent Media

Sanoma Magazines, das *Wallstreet Journal* und die *Financial Times*. Die Zeitung konzentriert sich hauptsächlich auf Wirtschaftsnachrichten. Zeitungen wie die *Gasha*, die im Besitz von Wladimir Lisins Nowolipezker Metallwerk ist, und *Wremja Nowostei*, die angeblich an Wladimir Woloschin, den Aufsichtsratsvorsitzenden des russischen Elektrizitätsmonopoli sten und ehemaligen Stabschef des Kreml, gebunden ist, werden als relativ unabhängig eingeschätzt, haben aber nur wenig Leser und einen geringen Anteil am Anzeigenmarkt.

Die *Nowaja gasha*, bei der Anna Politkowskaja arbeitete, scheint ihre Reichweite auszudehnen. Ihre Auflage hat sich über die letzten drei Jahre von 130.000 auf 170.000 erhöht, so dass sie Wettbewerbern wie *Gasha* und *Wremja Nowostei* weit voraus ist. Der ehemalige sowjetische Präsident Michail Gorbatschow und der Milliardär und Duma-Abgeordnete Alexander Lebedew haben im Juni 2006 zusammen 49% der Anteile an der Zeitung gekauft, um ihre politische Linie zu unterstützen. Einen Überblick über die Reichweiten russischer Printmedien geben die Seiten 10 bis 11.

Unter den bedeutenden Leitmedien ist der Radiosender *Echo Moskwy* einzigartig, da er im Besitz von Gazprom ist, seine Journalisten aber an ihrer unabhängigen Linie festhalten können. Der Chefredakteur Wenediktow behauptet, dass seine Hörerschaft im letzten Jahr um 20% gewachsen ist.

Regionale Medien

Regionale und lokale Medien sind im Allgemeinen regionalen und lokalen Regierungen für Subventionen verpflichtet und müssen daher sicherstellen, dass sie ihre politischen Sponsoren nicht vor den Kopf stoßen. Diese Regierungen geben jährlich Millionen von Dollar für ihre Medien aus.

Nichtsdestotrotz gibt es Beispiele von Journalisten und Zeitungen, die in den Regionen ausgezeichnete Arbeit leisten, z.B. die Zeitung *Wetschernij Krasnoturinsk*, mit Natalia Kalinina als Chefredakteurin, die als erste über die schweren Schikanen berichtete, die der Soldat Andrei Sytschow während seines Wehrdienstes erlitt. Nach den Berichten von *Wetschernij Krasnoturinsk*, die in Sytschows Heimatstadt erscheint, griffen die landesweiten Medien den Fall auf, und die Misshandlungen wurden in Russland zu einem bedeutenden Skandal, der ein unwillkommenes Licht auf das Unvermögen der Armee warf, sich zu reformieren.

Die Zeche zahlen

Offensichtlich bereitet sich die Regierung darauf vor, ihre Kontrolle über die Medien während der

Wahlkampagnen 2007/2008 zu nutzen. Im Haushaltsvorschlag für 2008 ist die Summe, die für Medien vorgemerkt ist, einem Bericht in der *Nesawisimaja gasha* zufolge um ein Drittel auf 18,2 Mrd. Rubel (680 Mio. US-Dollar) angestiegen. Die genauen Zahlen für die Medien werden in der dritten Lesung des Haushaltes erörtert werden, die für die zweite Hälfte des Novembers vorgesehen ist.

Jenseits von staatlichen Subventionen haben einige Medien selbstständig einen hohen Gewinn erwirtschaften können. Natürlich haben diese Geldströme die Aufmerksamkeit der Regierung erregt. Mit einem Erlass vom 31. Juli machte Präsident Putin Teile des Föderalen Sicherheitsdienstes (FSB) für die Sicherheit von äußerst wichtigen Einrichtungen in Russland verantwortlich, darunter auch des Fernsehens. Der FSB hat auch seine Leute, die in den Medien arbeiten. Er wird weit reichende Befugnisse über den Inhalt, der von den Sendern verbreitet wird und über Finanzströme erhalten, wie eine „gut unterrichtete Quelle“ der *Nesawisimaja gasha* mitteilte. Insbesondere die Finanzströme sind attraktiv, da die Sender im letzten Jahr einen Profit von geschätzten 3 Mrd. US-Dollar einfuhren.

Gesetze für zahme Medien

Die Behörden bedienen sich mehr und mehr der Gesetze, um auf Journalisten Druck auszuüben. Jakowenko von der Journalistenumunion erklärte, dass seine Organisation jeden Monat ungefähr 10 Beschwerden von Journalisten erhält, die unter Druck gesetzt werden. In der russischen Gesetzgebung gibt es jetzt viele Verbote von Verleumdung oder Beleidigung der Behörden und der Regierung. Im Juli unterzeichnete der Präsident ein Gesetz, das die Beleidigung eines Beamten bei der Ausübung seiner Pflichten zu einer „extremistischen“ Tat macht, die für den betreffenden Journalisten eine lange Gefängnisstrafe nach sich ziehen kann. Immer öfter verurteilen die Gerichte Journalisten in Fällen von Diffamierung. In den 1990er Jahren gab es weniger als 10 solcher Fälle; jetzt gibt es laut der World Association of Journalists bis zu 45 pro Jahr. In fortschrittlichen Demokratien werden solche Fälle von Zivil- und nicht von Strafkammern bearbeitet.

Safety Last

Die Gerichte sind nicht einmal die größte Bedrohung, um die sich Journalisten Sorgen machen

müssen. Russland ist das drittgefährlichste Land für Journalisten in der Welt und laut dem Committee to Protect Journalists (CPJ) wird nur vom Irak und von Algerien übertroffen. Mit Anna Politkowskaja kommt das CPJ auf 13 Journalisten, die seit Anfang 2000 anscheinend von bezahlten Killern ermordet worden sind.

Die Behörden haben in keinem der Fälle die Mörder finden können. Vor dem Tod von Anna Politkowskaja war der Mord an Paul Klebnikov im Juli 2004 einer der im Westen bekanntesten Fälle. Im Mai 2006 sprach eine Jury drei Männer frei, die für dieses Verbrechen vor Gericht gestellt worden waren. Darauf kündigte die Generalstaatsanwaltschaft Berufung an.

Neben der Möglichkeit, eines unnatürlichen Todes zu sterben, werden Journalisten in Russland auch damit konfrontiert, dass sie einfach von ihren Arbeitsplätzen entfernt werden. Prominente Beispiele hierfür sind der Nachrichtenmoderator Leonid Parfonow, der Zeitungsredakteur Raf Schakirow und der Magazinredakteur Sergei Parchomenko. Entweder haben sie ihren Beruf aufgegeben oder sie arbeiten jetzt bei Medien, die einen kleineren Kreis von Menschen erreichen. Einen Überblick über Verletzungen der Medienfreiheit geben die Zahlen auf den Seiten 6 bis 8.

Keine Nachrichten sind schlechte Nachrichten

Der Angriff des Kreml auf die freien Medien zeugt von der Paranoia seiner Führer und ihrer Furcht vor der Gesellschaft. Anstatt Russlands Probleme anzusprechen, haben die Toppolitiker des Landes beschlossen, dass es einfacher ist, nicht mehr über diese Probleme zu reden.

Solche Taktiken sind zum Scheitern verurteilt. Um effektiv und langfristig zu regieren, muss eine Regierung wissen, wie die Reaktionen auf ihre Politik ausfallen. Ohne freie Medien, die Trends und Meinungen in der Gesellschaft diskutieren, wird die Führung es nicht leicht haben zu erfahren, was die Bevölkerung denkt und tut. Im Ergebnis wird sie unpopuläre Entscheidungen treffen, die früher oder später eine mächtige Opposition gegen das System heraufbeschwören werden. Damit wird Putins Medienpolitik langfristig wahrscheinlich das Gegenteil von dem erreichen, was sie bezweckt.

Übersetzung aus dem Englischen: Matthias Neumann

Über den Autoren:

Robert Orttung ist Visiting Scholar am Center for Security Studies der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich und Associate Research Professor am Terrorism, Transnational Crime, and Corruption Center der American University in Washington, D.C.